

Antje Richter-Kornweitz, Rainer Schubert

Die drei K's: Kinderarmut – Kinderschutz – Kommunen

Zu Beginn der 1980er Jahre brachte der Deutsche Kinderschutzbund das Thema Kinderarmut in die öffentliche Diskussion um den Kinderschutz ein – ein Impuls, der zu diesem Zeitpunkt über engste Fachkreise hinaus kaum wahrgenommen wurde. Mittlerweile ist das Thema insgesamt medial besser vertreten. Auf der Agenda der Kinderschutzthemen sollte es heute für alle Akteure in diesem Bereich ganz oben stehen.

Armut ist ein Entwicklungsrisiko

Geht es nach den Folgen, die ein Leben in Armut für Mädchen und Jungen haben kann, dann muss die Bekämpfung der Armut sogar ganz oben auf der Prioritätenliste stehen, denn Armut ist ein Entwicklungsrisiko. Kinderarmut gehört zu den größten Risiken für die kindliche Entwicklung überhaupt. Damals wie heute zeigt schon eine Momentaufnahme auf lokaler Ebene die Beschränkungen, die sich für Kinder aus ihrer Armut ergeben. Fachkräfte, die Kinder täglich betreuen, nennen als Folgen zuallererst die Chancengleichheit und die Kumulation der Probleme in sozial benachteiligten Stadtteilen und Regionen, die sich in den gesamten Rahmenbedingungen des Aufwachsens spiegeln.

Nimmt man zusätzlich zur Momentaufnahme eine Längsschnittperspektive ein, dann zeigt sich: Die soziale und gesundheitliche Ungleichheit als Folgen von Armut durchziehen den gesamten Lebenslauf. Armut spiegelt sich bereits in der Kindheit im erschwerten Zugang zu Bildung und Bildungserfolg wie auch im Gesundheitsstatus. Mädchen und Jungen aus Familien mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status müssen mit Startchancen bereits zu Beginn der Grundschulzeit kämpfen und scheitern viel zu oft an den Übergängen zu weiterführenden Schulstufen. Sie schneiden außerdem

in der motorischer Entwicklung bzw. Wahrnehmungsentwicklung, beim Sehen und Hören, in der Zahngesundheit, im Ernährungsstatus sowie der psychosozialen Befindlichkeit erheblich schlechter ab als Gleichaltrige aus Familien mit höherem Sozialstatus. Diese gesundheitsbezogenen Nachteile bzw. Risiken beruhen auch nicht primär auf fehlenden Informationen der Eltern, sondern auf Zugangsbarrieren zum Gesundheitssystem und zu gesundheitsfördernden Maßnahmen.

Langzeituntersuchungen belegen außerdem, dass Armut in der Kindheit dauerhafte Spuren hinterlassen kann, die über Jahrzehnte verfolgt werden können. Die Kumulation von Risikofaktoren und ihre Wechselwirkungen wie beispielsweise sehr junge Elternschaft, elterliche chronische Erkrankungen oder Behinderungen, Suchterkrankungen oder auch soziale Isolation in Kombination mit materieller Armut, können diese Belastungen je nach der Altersphase, in der sie auftreten, und der Dauer der Armutslage erheblich verschärfen.

Zahl der armen Kinder ist weiterhin hoch

Diese Befunde sind alarmierend, da die Zahl der armen Kinder weiterhin hoch ist. Nach wie vor lebt in Deutschland jedes siebte Kind unter 15 Jahren in Armut, in ostdeutschen Bundesländern sogar jedes Vierte und in vielen Städten und Stadtteilen in Ost und West mindestens jedes Zweite.

Armut ist auch immer noch „jung“. Im September 2011 lebten 17,6 Prozent (358.756) der Kinder im Alter von unter 3 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften. In Westdeutschland lag die Armutsquote in dieser Altersgruppe bei 15,3 Prozent, in den Neuen Ländern bei 27,1 Prozent. Die Quote der Kinder von 3 bis unter 7 Jahren im SGB

Zusammenfassung:

Die Autoren zeigen, dass die Folgen von Armut im Kindesalter die größten Risiken für die kindliche Entwicklung darstellen. Die mit Armut einhergehende Kumulation und Wechselwirkung von Risikofaktoren beschränken Teilhabechancen mit anhaltend negativen Auswirkungen auf die gesundheitliche Entwicklung und die gesamte Bildungsbiografie. Die ganzheitliche Betrachtung der Rahmenbedingungen des Aufwachsens aller Kinder und die Bekämpfung von Armut sollten daher Priorität auf der Agenda der Kinderschutzthemen erhalten. Als Beispiel für einen Lebenswelt-bezogenen Ansatz zur Bekämpfung von sozialer und gesundheitlicher Chancengleichheit wird das Vorgehen der Stadt Braunschweig beschrieben.

Schlüsselworte:

Soziale und gesundheitliche Ungleichheit, Armut als Entwicklungsrisiko Wechselwirkung von Risikofaktoren, Lebenswelt-bezogener Ansatz, kommunale Strategie der Armutsbekämpfung

Abstract:

The authors show that child poverty poses major risks to the development of a child. Risk factors culminate and reciprocally influence the children's health and educational biography and the disadvantages are permanent. As a result, poverty has to be perceived as a risk to child development and should gain priority in child protection. In the second part the authors focus on a special approach of the city of Braunschweig as an example of different institutions cooperating to set up a prevention model.

Keywords:

Prevention of child poverty, social inequality, health inequality, reciprocal influences of risk factors, supportive environment, prevention network in the city of Braunschweig

Altersgruppe	Gesamt %	Gesamt Personen	West %	West Personen	Ost %	Ost Personen
unter 3 Jahre	17,6%	358.756	15,3%	249.617	27, 1%	109.139
3 bis unter 7	16,9%	467.806	14,7%	331.3010	26,8%	136.496

Tabelle 1: Kinder unter 7 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Hartz IV) im September 2011 in der Bundesrepublik Deutschland (West/Ost)
Quelle: Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e.V. (BIJ-Materialien vom 3. Februar 2012) http://bij.de/images/stories/2012-02-03_u3-7-15-18-25-personen-sgb2-092011.pdf (zuletzt besucht am 12.05.12)

II-Bezug lag zum selben Zeitpunkt bei 16,9 Prozent (467.806) und betrug im Westen der Republik 14,7 Prozent, im Osten 26,8 Prozent (s. Tabelle 1).

Armutsrisiken sind ungleich verteilt

Ein besonders hohes Armutsrisiko haben Kinder aus kinderreichen Familien. In Paar-Haushalten mit drei und mehr Kindern liegt es bei 16,1 Prozent. Besonders gravierend – je nach Kinderzahl – betrifft es Alleinerziehende: Nach den Berechnungen des Paritätischen (*Der Paritätische 2012, 7*), die wiederum auf Angaben des Mikrozensus 2010 und der Bundesagentur für Arbeit beruhen, lebten zu diesem Zeitpunkt 39,7 Prozent der vorwiegend weiblichen Alleinerziehenden mit einem Kind sowie 44,6 Prozent der Alleinerziehenden mit zwei Kindern und sogar 68,5% der Alleinerziehenden mit drei und mehr Kindern von Hartz IV-Mitteln. Etwa die Hälfte der alleinerziehenden Frauen hat Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren.

Allerdings spiegeln diese Zahlen nur den Anteil der Kinder im Hartz IV-Bezug und damit nicht das gesamte Ausmaß der Armut wider. Die große Zahl derjenigen, die in Familien leben, in denen mindestens ein Elternteil sozialversicherungspflichtig sowie in Vollzeit beschäftigt ist und dabei trotzdem nur ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze erzielt, lässt sich statistisch nur schwer erfassen. „Working poor“, Menschen, die mit Niedrigeinkommen oder sogar mehreren Jobs nicht über die Armutsschwelle kommen, verbleiben daher im Dunkelfeld.

Kinderarmut ist ein strukturell verursachtes Problem

Die besondere Betroffenheit bestimmter gesellschaftlicher Gruppen und Regionen ist als Beleg dafür zu verstehen, dass sich Kinderarmut individuell niederschlägt, aber strukturell verursacht ist. Wirklich wirksame Problemlösungen müssen aus diesem

Grund strukturell ansetzen und erfordern ein fachübergreifendes Herangehen auf allen Ebenen, d. h. im Bund, im Land und in den Kommunen.

Auf kommunaler Ebene, auf die sich dieser Beitrag konzentriert, ist dringend zu klären, was den oben kurz skizzierten Risiken entgegengesetzt werden kann. Ein allein kompensatorisch ausgerichtetes Vorgehen greift zu kurz, weil sich stigmatisierende Maßnahmen dabei kaum vermeiden lassen, die den Status „Arm“ konstituieren und festschreiben. Gut gemeinte, aber nicht gut gemachte Maßnahmen könnten an der Zielgruppe völlig vorbeigehen und sogar Zugangsbarrieren erhöhen und Ausgrenzung zementieren.

Aufgabe der Prävention von Armutsfolgen im Kindesalter ist, Mädchen, Jungen und ihre Eltern dann zu erreichen, wenn sie Unterstützung besonders dringend benötigen. Darüber hinaus geht es aber vor allem darum, entwicklungsfördernde Bedingungen so früh wie möglich für alle Kinder zu schaffen, strukturell und systematisch verankerte Bedingungen, die eine umfassende Entwicklung ihrer Ressourcen ermöglichen.

Lebensweltorientierung als Strategie der Kommune

Ein entsprechender Auftrag geht an die lokale Ebene, d. h. an die Kommunen. Sie sind zwar nicht allein zuständig, denn wesentliche Zuständigkeiten liegen im Bereich der Bundes- und Landespolitik. Kommunen haben aber eine wesentliche Rolle in der Armutsprävention: Zum Einen, weil sie der Alltagsrealität von Kindern, Jugendlichen und Familien am nächsten stehen und daher die Problembereiche lokalisieren können; zum Anderen, weil sie Inklusion bzw. Exklusion durch Steuerungsprozesse im Rahmen der Stadt-/Gemeindeentwicklung, des (Garten-) Bau- und Wohnungswesens, der Kinder- und Jugendhilfe, der Gesundheitsdienste etc. direkt beeinflussen können.

Werden Kommunen mit dieser Aufgabe konfrontiert, dann reagieren sie häufig mit dem Hinweis auf die Fülle der Angebote, die durch die Kinder- und Jugendhilfe organisiert und finanziert werden. Eine Vielfalt von Angeboten für Kinder und Familien auf lokaler Ebene allein ist aber schon deswegen keine Lösung, weil viele Angebote die Zielgruppe gar nicht erst erreichen. Viele Betroffene wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen und auch nicht, wie sie ihre Interessen durchsetzen könnten. Oft sind sogar die Fachkräften in den sozialen Diensten und kommunalen Verwaltungen die Möglichkeiten zur Unterstützung nicht umfassend bekannt. Trotz der Angebotsvielfalt und hoher Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe sind die meisten Kommunen noch weit vom oben skizzierten Ziel entfernt. Notwendig ist, neue Wege zur Erreichung der Zielgruppen zu gehen. Notwendig ist auch der Ausbau von Netzwerken und übergreifenden Konzepten innerhalb einer kommunalen Gesamtstrategie, in die alle Aktivitäten und Maßnahmen als Bausteine integriert werden. Gleichzeitig sind die bestehenden Strukturen und Standards weiter zu entwickeln.

Viele Kommunen haben die Notwendigkeit dieser Umstrukturierung schon längst erkannt und arbeiten bereits an der präventiven Neuorientierung der Dienste in den Bereichen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Gesundheit und Bildung, indem sie integrierte Konzepte entwickeln, angepasst an die eigene Kommune. Ihre Neuausrichtung der Konzepte und Instrumente zielt in Richtung „Frühe Prävention statt Krisenintervention“.

Kommunen auf dem Weg

Gute Konzepte und ein vor Ort angepasstes Vorgehen lassen sich jedoch nicht aus dem Hut zaubern.

In den neuen Formen der Zusammenarbeit prallen nicht nur verschiedene Leistungssysteme, sondern auch

diverse fachliche Standards und unterschiedliche Handlungslogiken aufeinander. Konkurrenz-Situationen, Sorgen um den Erhalt von Haushaltsmitteln und ggf. diffuse Befürchtungen von Mittelkürzungen tun das ihre dazu. Daher sind Zeit und Routinen für Verständigungsprozesse und Austausch erforderlich. Ein systematischer Prozess strukturell angelegter Armutsprävention vor Ort erfordert außerdem politische Prioritätensetzung.

Bekannte Beispiele wie das *Dormagener Konzept* „Netzwerk für Familien“, das *Monheimer Konzept* „MO.Ki“ und auch das nordrhein-westfälische Modellvorhaben „*Kommunale Präventionsketten*“ zeigen den Erfolg von Aktivitäten zur Armutsprävention vor Ort. Auch hier standen Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen und die Überzeugung, dass es auch „anders gehen müsse“ und persönliches Engagement der Fachkräfte und der Politik am Anfang des Prozesses. Dies trifft sowohl auf die oben genannten Modellbeispiele zu als auch auf die vielen weniger bekannten Kommunen, die sich auf den Weg gemacht haben, um dieses Vorhaben umzusetzen. Die Erfahrungen, die dabei gemacht wurden und werden, lassen sich zwar nicht 1:1 von einer Kommune auf eine andere übertragen, unter anderem wegen der breit gefächerten Vielfalt von Kommunitypen in Deutschland. Sie sind aber trotzdem wertvoll. Um dieses Erfahrungswissen weiterzuvermitteln, hat der bundesweite Kooperationsverbund Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten www.gesundheitliche-chancengleichheit.de auf Initiative der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und vielen weiteren Partnern den kommunalen Partnerprozess „Gesund aufwachsen für alle!“ initiiert. Er bietet Kommunen in diesem Feld eine systematisierte Möglichkeit des Austausches und des Lernens anhand von guter Praxis.

Die niedersächsische Stadt Braunschweig ist eine der Partnerkommunen, die sich dem Vorhaben des kommunalen Partnerprozesses angeschlossen hat. Hürden und Chancen lassen sich am Beispiel Braunschweigs gut darstellen:

Stadt Braunschweig – Lernen am Modell

Die Stadt Braunschweig gehört zu den Kommunen, die die Prävention von Armutsfolgen bei Kindern systematisch angehen – angesichts einer hohen Armutsquote unter den Braunschweiger Kindern und Jugendlichen; betroffen sind immerhin etwa 25 Prozent bzw. 10.000 Kinder und Jugendliche unter 19 Jahren; in den Stadtteilen Braunschweigs ist die Verteilung sehr unterschiedlich und reicht von 3 Prozent bis zu 60 Prozent. – Damit steht die Stadt vor der Herausforderung, Angebote zur Vermeidung von Armutsfolgen ab frühester Kindheit zu entwickeln.

Gemeinsame Initiative

Die Initialzündung zu dieser Entwicklung geht auf das Jahr 2007 zurück, als den Lehrkräften an einer Ganztagschule auffiel, dass sich viele Schülerinnen und Schüler das Menssaessen nicht leisten konnten und auf der Suche nach essbaren Resten zwischen den Tischen umherstreiften. Dieser Skandal brachte die Stadt in Zugzwang. Nach einer intensiven Ist-Analyse zur Situation von Kindern und Jugendlichen in den einzelnen Stadtteilen wurden alle sozialen Akteure und die Fachabteilungen der Verwaltung zu einem Hearing eingeladen.

Man verständigte sich dort zunächst auf drei Prioritäten:

- jedes Kind soll in der Schule essen können, ggf. mit Zuschuss zum Schulessen,
- jedes Kind soll lernen können, ggf. mit Zuschuss zum Schulmaterial,
- Schulsozialarbeit soll Schülerinnen und Schüler, Eltern und Schule unterstützen.

Eine Mischfinanzierung durch städtische Mittel, Stiftungen und Sponsoring sollte die rasche und vor allem unbürokratische Unterstützung dieser Vorhaben gewährleisten. Gleichzeitig wurde im Hearing der Beschluss zur Zusammenarbeit in einem Präventionsnetzwerk zur „Prävention von Kinder- und Familienarmut und Linderung der Folgen“ zusammengefasst. Das Expertengremium sollte unter Beteiligung von Verbänden, Initiativen, Kirchen und re-

ligiösen Gemeinden aller Glaubensrichtungen, der örtlichen Arbeitsgemeinschaft (ARGE) und JobCenter, Gremien wie Stadtelternrat, Schule bzw. Kita, Stadtteilkonferenz, Jugendring, Verwaltung sowie von Betroffenen und unter Moderation der Stadt Braunschweig die weitere Entwicklung begleiten.

Das Präventionsnetzwerk hat inzwischen ca. 40 Mitglieder und ist offen für weitere Akteure. Vertreter der verschiedenen politischen Parteien haben keinen direkten Zugang, werden aber regelmäßig informiert. Als Arbeitsgremium des Netzwerkes fungiert der „Beirat gegen Kinder- und Familienarmut“, der mit 14 Vertreterinnen und Vertretern von Schulen, Verbänden und Initiativen, Kirchen und Glaubensgemeinschaften sowie der Stadt besetzt ist. Die Moderation liegt hier in den Händen der Gesundheitsplanung. Zu den Aufgaben des Beirats gehört auch die Mittelvergabe aus Stiftungen sowie aus dem Fonds, in den mittlerweile erhebliche Summen zur Verwendung im Setting Schule (für Schulesen, -material, -sozialarbeit) geflossen sind.

Leitlinien und Handlungsempfehlungen

Anfang 2010 beschließt das Präventionsnetzwerk, die Zusammenarbeit zu systematisieren und über eine langfristige partizipative Planungsstrategie eine breite Öffentlichkeit und alle gesellschaftlich bedeutsamen Institutionen in den Aufbau einer präventiven Infrastruktur einzubeziehen. Der Beirat soll nun Leitlinien zur Prävention von Kinder- und Familienarmut erarbeiten und dem größeren Gremium zur Abstimmung vorlegen, um eine verbindliche Basis für die Zusammenarbeit zu schaffen. Die in neun Kernsätze unter der Überschrift „Jedes Kind ist herzlich willkommen, jedes Kind ist wichtig!“ zusammengefassten Forderungen sollen zukünftig als fachlich ausgewiesene Grundlage zur Entwicklung von Förderschwerpunkten staatlicher, kommunaler, privater oder stiftungsgebundener Zuwendungen dienen. Sie werden am Nikolaustag 2010 – öffentlichkeitswirksam und unter Hinzuziehung von Ritualen und Symbolik – der Stadt und ihrem Oberbürgermeister zur Unterschrift vorgelegt, begleitet von einer Pressekampagne mit neun Reportagen zu den neun Leitlinien und unter Einbeziehung aller Akteure.

Unter dem öffentlichen Druck werden sie umgehend in den Gremien der Stadt behandelt. Aus dem Jugendhilfeausschuss kommt als Antwort schon bald der Auftrag, Handlungsempfehlungen zur Armutsprävention zu entwickeln.

Wieder geht der Auftrag an den Beirat, der sich, begleitet von hohen Erwartungen der Presse und der Öffentlichkeit, intensiv mit der Erstellung von Handlungsempfehlungen auf der Grundlage der Leitlinien auseinandersetzt. Er stellt sich die Aufgabe, jeweils aus der Sicht von Betroffenen grundlegende emotionale, gesundheitliche, soziale und Teilhabebedürfnisse altersspezifisch zu analysieren. Gleichzeitig geht es darum, bestehende unterschiedlichste Angebote des umfangreichen Bildungs-, Hilfe-, Unterstützungs- und Gesundheitssystems zu erfassen sowie die bestehenden Lücken und Defizite in der Versorgung zu identifizieren, um adäquate Empfehlungen zur Prävention der Folgen von Kinder- und Familienarmut zu jeder Altersstufe geben zu können.

Handlungsempfehlungen gegen Kinder- und Familienarmut

- Braunschweig für alle Kinder
- lückenlos
- chancengerecht
- diskriminierungsfrei
- Hand in Hand – Unterstützung von Anfang an

Die „Handlungsempfehlungen gegen Kinder- und Familienarmut“ (*Stadt Braunschweig 2011*) berücksichtigen das bestehende Unterstützungsangebot und formulieren darüber hinausgehend Qualitätskriterien zur Beurteilung dieser Angebote. Beirat und Präventionsnetzwerk sprechen sich darin für den Aufbau einer sogenannten „Präventionskette“ aus, die durch eine lebensphasenorientierte Unterstützungsstruktur gekennzeichnet ist, an der sich alle verantwortlichen öffentlichen und gesellschaftlichen Akteure beteiligen.

Die Empfehlungen zielen auf die bessere Verzahnung von Übergängen, fokussieren die Lebenswelt und die wohnortnahe Bereitstellung von Unterstützungsangeboten. Sie betonen die Priorität von Partizipation und Empowerment und immer wieder die Notwen-

digkeit von Chancengerechtigkeit, die nur dann gewährleistet werden kann, wenn die Angebote niedrigschwellig zugänglich und erschwinglich sind, nicht diskriminieren, sich an den Bedürfnissen von Betroffenen ausrichten, bereits in Planung und Durchführung Betroffene beteiligen und – nicht zuletzt – ausreichend sowie dauerhaft zur Verfügung stehen.

Die Durchsetzung des Vorhabens wollen Beirat und Präventionsnetzwerk in Braunschweig nicht selbst überlassen. Die Auswahl der ersten Bausteine orientiert sich daher am Beginn einer Präventionskette und umfasst folgende Maßnahmen:

- Schaffung einer Koordinationsstelle,
- Begrüßungsbrief des Oberbürgermeisters; Besuch bei neugeborenen Kindern durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie,
- Umwandlung von Kitas zu Familienzentren in Stadtteilen mit hohem Bedarf,
- Aufbau und Weiterentwicklung von Schulsozialarbeit an Grundschulen mit hohem Unterstützungsbedarf; Schaffung von verlässlichen vollen Schulsozialarbeiterstellen.

Aufgabenverteilung

Aufgabe der Kommune ist die Prüfung und Bewertung der Handlungsempfehlungen durch alle involvierten Fachbereiche, ihre Vorlage und Diskussion im Rat der Stadt sowie ihre sukzessive Einführung entlang der oben benannten Prioritäten und der Kriterien zur Chancengerechtigkeit.

Auch die künftigen Aufgaben des Beirats sind benannt. Er wird den gesamten Prozess der Umsetzung gemeinsam mit dem Braunschweiger Präventionsnetz begleiten und dabei mit der kommunalen Verwaltung, den Stiftungen und der Politik zusammenarbeiten. Im Gespräch sind außerdem die Entwicklung eines Monitoring-Verfahrens und die Entwicklung von neuen Vergabekriterien für den „Braunschweiger Fonds für alle Kinder“, die aufgrund des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) erneut zu überarbeiten sind (Hinweis: Vor Einführung des BuT wurden auch schon Leistungen unterstützt, die aber jetzt von BuT – auf An-

trag – übernommen werden; die Antragsquote in BS ist mit >60% hoch, könnte aber noch höher sein; deswegen ist manchmal nach wie vor ein Zuschuss – z. B. für die Mittagsversorgung in der Schule – notwendig, damit diese Strukturen erhalten werden können und jedes Kind Mittag essen kann, auch wenn Eltern das Geld nicht aufbringen können und/oder die Antragstellung versäumt wurde).

Alle anderen beteiligten Akteure sind aufgefordert, die Entwicklung zu prüfen, zu bewerten und die Umsetzung entlang der genannten Prioritäten mitzugestalten.

Zwischenbilanz und Erfolgsfaktoren

Was lässt sich am Braunschweiger Beispiel demonstrieren? Zunächst einmal zeigt sich, dass ein koordiniertes Vorgehen gegen Kinder- und Familienarmut möglich ist. Das gemeinsame Handeln von Verwaltung und freien Trägern, Verbänden und Initiativen, Kirchen etc. sorgt fast durchgängig für öffentliche Aufmerksamkeit.

Zusätzliche Dynamik erhält diese Vorgehensweise durch die Aufhebung der Tabuisierung von Kinderarmut und eine regelmäßige Berichterstattung. Geglückt ist in Braunschweig die Beteiligung der Presse auch durch den geschickten Einsatz von Symbolik und Ritualen. Wieder einmal zeigte sich, dass Erfolg weitere Mitstreiter anzieht, vorausgesetzt, er wird gut nach außen kommuniziert. Auf diese Weise konnte bisher etwa eine Million Euro zusätzlich vor allem im Bereich Schule investiert werden, zum großen Teil aus privaten Mitteln beigesteuert.

Zu den Erfolgsfaktoren, die den Zusammenhalt in solch einem Präventionsnetzwerk fördern, gehören Engagement an vielen Stellen, Transparenz und umfassende Information, Geduld und ständige Abstimmung inklusive der Rücksichtnahme auf Partnerinstitutionen und die dort vorgeschalteten internen Abstimmungsprozesse. Die Einbeziehung vieler Stakeholder aus unterschiedlichsten Bereichen konnte so realisiert werden.

Hier – wie auch an anderen Stellen – zeigt sich wiederum die Bedeu-

tung engagierter Einzelpersonen für das Gesamtvorhaben. Aber auch Details zählen. So wurden beispielsweise die Einladungen zum Hearing oder zu den Sitzungen des Präventionsnetzwerks immer im Namen des Dezernenten ausgesprochen.

Vorübergehender Stillstand oder Sackgassen konnten überwunden werden, indem von Fall zu Fall eine externe Moderation hinzugezogen wurde. Durch die Offenheit gegenüber Sponsoring und der Akquise von finanziellen Mitteln aus privater Hand ergaben sich neue Impulse, wenn Projekte umgesetzt werden konnten, für die öffentliche Mittel nicht ausreichend zur Verfügung standen und dennoch ein Motivationsschub erforderlich war.

Kinderarmut – Kinderschutz und Kommunen

Trotz allem, auch trotz der vergangenen fünf Jahre, in denen bereits gearbeitet wurde, steht die Stadt Braunschweig vor der Aufgabe der Verstärkung bisheriger Maßnahmen und des Ausbaus der ersten Stufe der Präventionskette. Gebraucht werden tragfähige, chancengerechte Strukturen und eine gezielte und systematische Vernetzung von Anfang an. Wie sollen sie aussehen? Wichtige Entscheidungen stehen an, die gemeinsam getroffen werden müssen.

Neben all den Arbeitsschritten, die den Kommunen bereits durch die Verordnung zum Bundeskinderschutzgesetz im Hinblick auf die Kooperation und Vernetzung im Bereich der Frühen Hilfen vorgegeben sind, stehen drei Fragen an, die speziell die Entwicklung von armen Kindern und Jugendlichen betreffen. Sie können einen „roten Fa-

den“ für die Diskussion darüber in den Gremien und in der Öffentlichkeit bilden:

- Wie kann man die Möglichkeiten und Fähigkeiten dieser Mädchen und Jungen so fördern, dass sie sich selbsttätig entwickeln und verwirklichen können?
- Wie kann man sie dazu befähigen, ihre Chancen zu ergreifen und eigene Lebensentwürfe zu verfolgen?
- Wie können sie erleben, dass sie selbst etwas bewirken können?

Es ist eine institutionelle Aufgabe, Heranwachsende bei der Entwicklung von Ressourcen zu fördern und die entsprechenden Strukturen zu schaffen. Es geht immer auch um Empowerment! Es geht darum, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu stärken und ihnen zu mehr Handlungsfähigkeit zu verhelfen, oder – anders ausgedrückt: Mädchen und Jungen zu befähigen, sich ausdauernd um ihr Glück zu bemühen, für eine Zukunft, die sie in wesentlichem Maß selbst bestimmen können.

Aktivitäten zur Armutsprävention bei Mädchen und Jungen sollten sich daran orientieren. Sie sollten sich nicht nur kompensatorisch auf einzelne Risiken in der Phase des Aufwachsens, auch nicht nur auf den Ausgleich defizitärer Lebens- und Entwicklungsbedingungen richten, sondern ebenso – wenn nicht noch mehr – auf Ressourcenstärkung. Auch dies ist ein Auftrag an den Kinderschutz.

Literatur:

Der Paritätische (2012): „Arme Kinder, arme Eltern: Familien in Hartz IV“, S. 1. Berlin 12. Februar 2012. Download unter: http://www.der-paritaetische.de/index.php?elD=tx_

[nawsecuredl&u=0&file=/uploads/media/Kinderarmut_web.pdf&t=1338126968&hash=c04b716872d8b687c2532f1d56dd4ec80a4d627c](http://www.nawsecuredl&u=0&file=/uploads/media/Kinderarmut_web.pdf&t=1338126968&hash=c04b716872d8b687c2532f1d56dd4ec80a4d627c) (Zuletzt besucht am 19.08.2012)

Landschaftsverband Rheinland (LVR) (2009): Netzwerk Frühe Förderung. Arbeitshilfen zur Entwicklung und Steuerung von Netzwerken Früher Förderung. Köln

Richter-Kornweitz, Antje; Holz, Gerda, (Hg.) (2010): Kindbezogene Armutsprävention – Eine Handlungsanleitung für Praxis und Politik. In: Holz, Gerda, Richter-Kornweitz, Antje (Hg.) (2010): Kinderarmut und ihre Folgen – Wie kann Prävention gelingen? München. S. 170-178.

Richter-Kornweitz, Antje (2012): „...und raus bist du?“ – Armut und inklusive Frühpädagogik in Kindertagesstätten. In Heinrich Böll Stiftung. Dossier „Diversität und Kindheit - Frühkindliche Bildung, Vielfalt und Inklusion“ Unter: http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_3405.asp (Zugriff am 23.08.2012)

Stadt Braunschweig: Handlungsempfehlungen für die Prävention von Kinder- und Familienarmut und für den Umgang mit ihren Folgen in der Stadt Braunschweig. Download unter: http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref0500/handlungsempfehlungen_kinderarmut.pdf Zugriff am 10.10.12

Anschrift für die Verfasser:

Dr. Antje Richter-Kornweitz
Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Nds. e.V.
Fenskekweg 2
30165 Hannover
E-Mail: antje.richter@gesundheit-nds.de
Internet: www.gesundheit-nds.de